

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.85 (Postgebühren, beim eigenen Postamt befreit). — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 40 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 205.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 2. September 1930.

12. Jahrgang.

Die große Tat ist wie des Himmels Donner,
Der eines ganzen Landes Schläfer weckt.

Raupach.

Hans Driesch als Pazifist und Paneuropäer.

Von Dr. Fritz Meier.

Hans Driesch (Artikel „Panuropa“ in Nr. 199) hat als Biologe und Philosoph einen sehr guten Ruf. Als politischer Denker ist er in die Gesellschaft gewisser Pazifisten geraten, deren politische Einsicht ziemlich oberflächlich ist. Ein zweiter Fall Förster scheint sich in Hans Driesch zu wiederholen. Hier ist es aber noch besonders verwunderlich, wie ein Mann, der von der Biologie herkommt, am Pazifismus fürstlicher oder Quiddischer Art keinen Haken findet. Die Biologie lehrt es Tag für Tag, daß Leben Kampf bedeutet und auf Opfern aufgebaut ist. Hans Driesch wird es doch nicht einfallen wollen, zu erklären, organisches Leben sei ohne Opfer, ohne Vernichtung von Leben möglich. Das höher organisierte Leben stützt sich auf niedriger organisierte, dessen Träger zum Teil jenem zum Opfer fallen. So tragen die Pflanzen das tierische Leben, und im Tierreich trägt auch noch ein Teil das Leben des anderen. Dabei pflegt dasjenige Leben zu Grunde zu gehen, das gegen Gefahren nicht widerstandsfähig und wehrhaft genug ist. Das alles weiß Hans Driesch sehr gut. Er weiß, daß jeder Organismus einschließlich des menschlichen Tag für Tag mancherlei Gefahren ausgesetzt ist, denen er erliegt, falls er nicht widerstandsfähig und wehrhaft genug ist. Ganz unbewußt kämpft unser Körper täglich gegen Gefahren, die ihm von Bakterien usw. drohen.

Sollte ein Hans Driesch übersehen haben, daß auch Staaten Organismen sind, die von Gefahren bedroht werden und deren Leben von der Opferbereitschaft der einzelnen Individuen getragen wird? Das kann man nicht glauben. So lange aber für das Leben eines Organismus, sei es ein physischer oder ein sozialer, Gefahren vorhanden sind, muß er sie abwehren oder zu Grunde gehen. Ein Drittes gibt es nicht. Es ist schlechterdings unmöglich, daß ein Organismus, den Gefahren bedrohen, am Leben bleiben könnte ohne Abwehrkampf gegen diese Gefahren. Im Tierreich vollzieht sich dieser Kampf ganz instinktiv, aber instinktiv. Der Mensch, der den Tieren die Vernunft voraus hat, benutzt auch diese als Waffe im Daseinskampf. Und der von der Vernunft beeinflusste Existenzkampf der Staaten heißt Politik. Jede auf die Lebenswirklichkeit gerichtete Politik ist eine Form des Existenzkampfes sozialer Organismen, nicht etwa der Austrag von Meinungsverschiedenheiten. Politik ist also unter allen Umständen Kampf um die Existenz, oder sie ist überhaupt nicht. Ein Pazifismus, der dem Kampf gegen Gefahren entsagen wollte, bedeutete nichts anderes als freiwillige Aufgabe des Lebens, also Selbstmord. Die Freiheit, Selbstmord zu begehen, haben freilich die einzelnen Menschen wie die sozialen Organismen, aber sie haben nicht die Möglichkeit, zu leben, ohne zu kämpfen, wenn ihnen Gefahren begegnen.

Will etwa Hans Driesch einen volksmordenden Pazifismus als das Ziel der Sittlichkeit preisen? Das ist nicht anzunehmen. Vielmehr hofft er auf „dem Wege der Vernunft“ durch „Aufklären im tiefsten Sinne“ die dem Volkskörper drohenden Gefahren mit friedlichen Mitteln abzuwehren. Wir gehen in der Sehnsucht nach Befreiung des blutigen und zerstörenden Kampfes, den wir Krieg heißen, mit Hans Driesch völlig zusammen, würden daher jenen Weg freudigsten Herzens gehen wollen, wenn er zum Ziele führte. Es ist derselbe Weg, den die Aufklärungsphilosophie aller Zeiten uns schon gewiesen hat. Die Geschichte hat aber bis heute immer wieder gelehrt, daß alle Völker, die ihre Rechte nicht mit dem Schwerte zu verteidigen imstande waren, unter die Räder kamen. So ist es zuletzt unserem Volke noch ergangen, als es im Vertrauen auf die Weltvernunft und das Weltgewissen das Schwert aus der Hand gab, begnügte sich selbst richtete. Wir können auch leider nicht eine Spur davon erkennen, daß die Weltvernunft, deren Güter seit Wilsons traurigem Abgang der Völkerbund geworden ist, uns von den Gefahren, die unser nationales Dasein bedrohen, befreit hätte. Diese Weltvernunft hat nicht die Kraft, die Franzosen zu überzeugen, daß das herndeutsche Straßburg von Rechts wegen zu Deutschland gehört, ja, noch nicht einmal, daß der Rhein sehr zu Recht Deutschlands Strom und nicht Deutschlands Grenze ist und bleiben muß. Diese Weltvernunft trägt es, daß das deutsche Volk für die sogenannten „Sieger“

fronen muß, daß es immer wehrlos bleiben soll, während die andern sich bis an die Zähne bewaffnen, daß es im Osten Grenzen hat, die einfach unerträglich sind, und deren Unerträglichkeit der Pole durch allerlei Schikanen noch steigert.

Erst ein freies und lebensfähiges Deutschland, dann ein freies Europa! So sagen wir. Mit dem Pan-Europa bleibe man uns so lange fern, als die Freiheit und Lebensfähigkeit Deutschlands nicht gesichert ist. Die Pan-Europa-Idee in Ehren! Aber mit dem „paneuropäischen Denken“ kommen wir einem wirklichen Frieden nicht näher, so lange nicht die Grundlage gefunden wird, auf der alle Völker Europas ein freies, d. h. ihren Leistungen angemessenes Leben führen können. Wahrer Friede gedeiht nur auf dem Boden der Gerechtigkeit. Gerecht heißt aber, jedem das Seine geben. Man hat unserem Volke gewaltig entzogen, was ihm vermöge seiner Leistung gebührt. Ueber diese Tatsache spricht Hans Driesch nicht näher. Statt dessen ergeht er sich in allgemeinen pazifistischen Ideen, die wunderschön klingen, aber politisch gar nichts besagen. Er bezeichnet es als einen „ethischen Skandal“, daß die Völker nicht ernst machen mit der Erfüllung der Bergpredigt, daß sie sich nicht gegenseitig verstehen und achten lernen, daß sie den nationalen Hochmut nicht ablegen zugunsten einer größeren Wahrhaftigkeit. — Zwar gibt er zu, daß es Differenzen unter den Völkern gibt, aber diese sollen innerhalb der Völker die gleichen sein. Von einem deutschen, französischen, englischen usw. „Wesen“ zu reden, soll sinnlos sein, da das sogenannte Wesen immer von den großen Männern stamme, die auf ihre Volksgenossen und die Kultur der Völker so tief gewirkt hätten, daß sie darin ihr eigenes Wesen erblickten. Der rassenmäßige Unterschied innerhalb der Völker sei so groß, daß vom „germanischen Wesen“ z. B. gar nicht gesprochen werden könnte. In diesem Zusammenhang wird der Antisemitismus als ein „barbarischer Gedanke“ bezeichnet. Mit anderen Worten: Die Welt könnte längst im tiefsten Frieden leben, wenn die Völker nicht mit Lügengespinnten künstlich Zwierrat schufen.

Darin steckt zweifellos viel Wahres! Aber ganz so einfach liegen die Dinge keineswegs. Gewiß gibt es keine Nation von Heiligen und wir haben kein Recht, auf andere Völker verächtlich herabzublicken. Trotzdem ist es ein Irrtum, alle nationalen Gegensätze ausschließlich auf falsche Urteile über das „Wesen“ der Völker zurückzuführen. Ganz gleich ist dieses denn doch nicht, wenn es auch keine einheitliche nationale Eigenart gibt. Jede Nation hat ihre besondere Individualität, wie sie jeder Mensch hat. Es gibt etwas für das deutsche, das französische, englische, jüdische Volk „Charakteristisches“, worüber ich an anderer Stelle des „Aufwärts“ gesprochen habe (Nr. 141, 1929). Ferner sei es von uns, einem gemeinen Nationalhaß das Wort zu reden. Aber wer sein Volk nicht Gott über alles liebt, kann nicht die Sache derjenigen Nation oder Nationen verteidigen, die dem eigenen Volke die Freiheit zu unterbinden drohen. Hier liegt die Kernfrage, ob nationale, ob Allervolks-politik. Gewiß gibt es einen barbarischen Nationalismus, dessen Vertreter, von unsachlichem Haß erfüllt, die fremde Nation am liebsten unter die Füße treten möchten und in jedem ihrer Angehörigen ein minderwertiges Subjekt sehen. Ein Antisemitismus dieser Art fällt selbstverständlich auch unter den Begriff barbarischer Gesinnung. Juden sind als nationale Minderheit zu achten und in ihren Rechten zu schützen. Aber ihnen kommt nicht das Recht zu, die Sache des deutschen Volkes zu vertreten, sondern nur ihre eigene. Denn die Sache eines Volkes wird nicht mit einer allgemeinen Weltvernunft verfochten, sondern mit dem Herzblut. Will Hans Driesch diesen Standpunkt auch „Antisemitismus“ nennen, so kann ich nur sagen, daß ich mich mit Stolz dazu bekenne, indem ich mir zugleich ganz entschieden verbitte, einer barbarischen Denkwiese bezichtigt zu werden. Daß aber unser sittliches Bewußtsein lernen müsse, dem Gefühl zu mißtrauen und der Vernunft zu gehorchen, wie Driesch fordert, ist eine Weisheit, die mir ganz und gar nicht einleuchtet. Nur mit dem Kopfe sittlich zu denken, ohne mit dem Herzen sittlich zu fühlen, überlasse ich den Adepten der Weltvernunft.

Aus dem eben genannten Satz geht hervor, daß Hans Driesch zu den Vernunftpazifisten zählt. Instinkte, Gefühle, Leidenschaften, die unedel und ebel sein können, existieren für ihn als reale Mächte nicht, oder vielmehr, sie sind ethisch nur negativ zu werten, während das ethisch positive nur in der Vernunft liegt. Dieser Vernunftpazifismus beherrscht z. B. auch die internationale Sozialdemokratie, und aus diesem Pazifismus stammt der Zusammenbruch unseres Vaterlandes. Diese

den Franzosen und Engländern fremde „Denkweise“ ist mindestens ebenso „barbarisch“ wie jener Nationalismus. Sagt die Vernunft, der Krieg sei eine Barbarei, so ist damit über ihn ethisch das Urteil gesprochen. Und so weiß denn Hans Driesch die ungeheure Problematik und Tragik der Kriegfrage mit dem lapidaren Satz zu erledigen: „Du sollst nicht töten, denn du weißt nicht, was der Tod ist.“

Ob wir das nicht wissen? Ob ein Christ nicht die furchtbare Tragik empfindet, die im Tode und im Töten liegt? Sollen wir denn immer wieder darüber streiten, daß wir als Christen den Frieden wollen, soweit er ohne Preisgabe höherer Güter erhalten werden kann? Ist etwa unser individuelles Leben ein höheres Gut als das Dasein unseres Volkes als einer freien, kulturschaffenden Nation. Politik kann doch nicht in den Wolken gemacht werden. Man beweise erst einmal, daß es Gefahren für das Dasein der Völker überhaupt nicht gibt oder nicht geben würde, wenn der Vernunftpazifismus sich allgemeiner Zustimmung erfreute. In der Theorie ist der Krieg schon so lange verurteilt worden, daß er längst unmöglich geworden wäre, wenn das Leben der Völker allein durch Vernunftideen bestimmt würde.

Und was soll das ewige Hineinziehen der Bergpredigt, die gar kein politisches Testament sein will, in die Politik? Ja, gewiß, der Krieg wäre unmöglich, wenn alle Völker nach dem Geist der Bergpredigt lebten. Aber sie tun es leider nicht. Politik kann aber nicht gemacht werden nach dem, was die Völker tun sollten, sondern nach dem, was sie tun. Gewiß ist der Krieg nicht nur vom biologischen Standpunkt als Kampf ums Dasein zu betrachten, obwohl er auch dies ist, sondern er ist auch Gericht über die Sünde. Das Tier kann vom Töten gar nicht lassen, und der Mensch auch ohne Töten von Pflanzen und Tieren nicht leben. Aber seine Mitmenschen darf er nicht töten, es sei denn in Notwehr. In der Politik ist die Frage nach der Notwehr oft sehr schwer zu beantworten, aber sicher gibt es auch hier Notwehr. Bismarck war es um sein Christentum bitterernst, und er hat schwer unter der Verantwortung für die Kriege, die er aus nationaler Notwehr führen zu müssen glaubte, geklitten. Das würde jedem ernsthaften Christen so gehen. Aber ein „ethischer Skandal“ ist nicht die Bereitwilligkeit, für sein Vaterland zu sterben, um dessen Leben zu schützen, sondern jener Pazifismus aus bloßer Leidenschaft.

Grundsätzlich stehen wir mit Driesch auf dem Standpunkte, daß Kriege nicht sein sollten. Aber allgemeine Grundsätze helfen über praktische Konflikte nicht hinweg. In den Fragen nun, auf die es praktisch ankommt, versagt Driesch vollständig. Ich bedauere, dieses sagen zu müssen, weil ich ihn als Biologen und Menschen sehr verehere.

Die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung.

Französisch-polnische Disziplin.

Der Osten und Südosten Europas ist zu einem Kernproblem der europäischen Politik geworden. In diesem Zusammenhange verdient die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung, der man in Deutschland mit bedauerlich wenig Interesse begegnet, erhöhte Aufmerksamkeit. Und zwar sind es in letzter Zeit zwei Vorgänge gewesen, welche die Unabhängigkeitsbewegung der Ukrainer wieder mehr in den Vordergrund treten ließen.

Einmal ist es der Lemberger Prozeß gegen siebzehn Ukrainer, die als Angehörige einer geheimen militärischen Organisation der Ukraine wegen Terrorakte auf polnischem Boden gegen Polen angeklagt waren. Dann aber handelt es sich um die weniger bekannte Werbetätigkeit, die der Ministerpräsident Prokopowitsch in den Balkanstaaten und in der Türkei entfaltet. Diese Werbetätigkeit des Ministerpräsidenten ist jedoch grundverschieden von den Zielen der vorerwähnten geheimen ukrainischen Organisation. Denn Prokopowitsch ist Polen- und Franzosenfreund. Er ist zugleich das Haupt der U.N.R., d. h. der durchaus französischen und polenfreundlichen „Ukrainischen Nationalen Republik“.

Die erstmalige Bildung einer staatlichen ukrainischen Organisation mit dem Ziel, die etwa 40 Millionen Seelen zählende ukrainische Minderheit in Rußland zu einem unabhängigen Staatswesen zusammenzufassen, fiel zeitlich zusammen mit den Anfängen der russischen Revolution im Jahre 1917. Damals bildete sich unter der Führung des Obersten Polowaz-Ojra-nik die „Bereinigung der Nationalen Ukrainischen Ko-faken“. Diese Vereinigung hatte wiederholt mit den

Truppen des sozialdemokratischen und polenfreundlichen Petljura zu kämpfen und stand dann später auch im Kampfe gegen die vordringenden Rotgardisten. Eine Zeitlang war Petljura Herr der Lage. Sein Schreckensregiment in der Ukraine ist später durch den Schwarzbart-Prozess in Paris bekannt geworden.

Petljura konnte sich in der Ukraine auf die Dauer nicht halten, nicht zuletzt wegen seiner mangelnden Volkstümlichkeit unter den Kosaken, vor denen Petljura dann schließlich nach Polen flüchten mußte. Und hier in Polen legte Petljura den Grund zu den starken Bindungen, die heute noch zwischen einem Teil der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung und Warschau bestehen, deren Ergebnis die eingangs erwähnte und auf polnischem Boden amtierende U.N.R. (Ukrainische Nationale Republik) ist.

Während die U.N.R. ihren Stützpunkt in Polen hat und kaum auf die Teilnahme der ukrainischen Bevölkerung rechnen kann, hat die „Vereinigung der Nationalen Ukrainischen Kosaken“, die eine großzügige Auslandsorganisation unterhält, auch innige Fühlung mit der heute sowjetrussischen Heimat. Eine ihrer wesentlichsten Aufgaben besteht zur Zeit in der Bekämpfung der U.N.R., die völlig im Fahrwasser Frankreichs und Polens segelt und deren Pläne den nationalen Interessen der Ukrainer stracks zuwiderlaufen. Die Ukrainische Nationale Republik bedeutet für die Polen nichts anderes als ein Vortrupp für die Restrennung der Ukraine rechts des Dnjepr in der Linie Kiew — Jekaterinoslaw — Cherson. Sollte sich dieser polnische, von den Franzosen eifrig geförderte Plan verwirklichen lassen, dann würde die so geschaffene ukrainische Republik zwar auf dem Papier ihre Selbstständigkeit erhalten, in Wirklichkeit aber nichts anderes darstellen, als einen breiten polnischen Korridor zum Schwarzen Meer nach Odessa. Der so heiß ersehnte, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichende polnische Imperialismus wäre in die Tat umgesetzt.

Zugleich würde der ukrainische Bundesgenosse nach dem Schema Petljuras und Prokopowitschs einen beträchtlichen Machtzuwachs für Polen bedeuten und außerdem die polnische Schranke zwischen Deutschland und Sowjetrußland erheblich verstärken, was gleichermassen den Interessen Polens und Frankreichs dienen würde. Seine Ergänzung findet dieses Vorhaben durch einen weiteren Plan, an dessen Ausführung insbesondere auch weißrussische Kreise interessiert sind, deren Fäden in Paris zusammenlaufen. Dieser zweite Plan, der mit ersterem in enger Verbindung steht, erstrebt nicht mehr und nicht weniger, als die Herstellung einer gemeinsamen ukrainisch-weißrussischen Front zwecks Aufrollung der bolschewistischen Front in der Ukraine und in Südrußland. General Müller, der Nachfolger des verschwundenen Generals Rutjepoff in Paris, hält die Fäden der immer noch zahlreichen und militärisch organisierten russischen Emigranten in Frankreich, Südrussland und Bulgarien in seiner Hand. Er hegt die Hoffnung, daß ein militärisches Unternehmen in vorgenannter Art in dem Augenblicke erfolgreich ist, wo durch Schaffung einer ukrainischen Republik rechts des Dnjepr das Aufmarschgelände und mit Odessa die Verpflegungsbasis gesichert ist.

Die volkstümliche Unabhängigkeitsbewegung der Ukrainer will jedoch von all diesen Plänen nichts wissen. Eine mit polnischer, französischer und weißrussischer Hilfe erzielte Lösung ukrainischer Gebiete von Sow-

jetrußland bildet für die ukrainische Bevölkerung keine Gewähr für die tatsächliche Selbstständigkeit einer ukrainischen Republik. Ein so geschaffenes Staatswesen würde vielmehr von vornherein unter polnischem und französischem Einfluß stehen und stets Handlangerdienste gegen Rußland leisten müssen. Außerdem wollen die Ukrainer von den Weißrussen, den Erben des zaristischen Rußland, nicht das geringste wissen. Denn weder das Rußland vor 1917 noch die Sowjets haben den nationalen Charakter der ukrain. Minorität auch nur im geringsten geachtet. Auch die ukrainische Bevölkerung Polens, die noch am ehesten unter dem Einfluß der von Warschau geförderten U.N.R. stehen könnte, will von diesen französisch-polnischen Plänen nichts wissen. Gerade der eingangs erwähnte Lemberger Prozeß hat ja mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie die ukrainische Bevölkerung Polens in Wahrheit gegenüber diesem Lande eingestellt ist.

Im Gegensatz zu der U.N.R., die — wie man sieht — die Ukraine von außen her durch fremde Hilfe erobern will, arbeitet die nationale ukrainische Kosakenchaft dahin, durch geheime Organisationen in der Ukraine selbst den Boden für die Errichtung einer unabhängigen ukrainischen Republik vorzubereiten. Ihre Tätigkeit im Ausland beschränkt sich in der Hauptsache lediglich darauf, dem Wirken der U.N.R. das Wasser abzugraben. Wie ernst von Frankreich und Polen die nationale ukrainische Kosakenchaft genommen wird, geht daraus hervor, daß der Oberst Poltawaz-Ostraniga — seit 1917 der anerkannte Führer der Kosakenchaft — aus Frankreich ausgewiesen wurde, als er versuchte, das Zentrum seiner Organisation von Deutschland nach Frankreich zu verlegen, um die Bewegungen des Feindes aus der Nähe beobachten zu können.

Das Vorgehen der polnischen Regierung gegen die Ukrainer.

— Warschau, 1. September. In Verfolg der von den polnischen Behörden gegen die angeblich umstürzlerische Bewegung der ukrainischen Nationalverbände eingeleiteten Maßnahmen wurden, nach Meldungen aus Lemberg, bis Sonnabend mittag etwa 30 Personen, hauptsächlich Studenten und Schüler, verhaftet.

Heimatlos.

Auf der von den Wogen der Nordsee umbrachten Insel Sylt befindet sich ein Friedhof, der über seiner Eingangspforte die Aufschrift trägt: „Heimat für Heimatlose“. Alle, die im Kampf mit Sturm und Wogen den Tod fanden und von den Meereswellen an die Küste dieser Insel gespült wurden, hat man hier zur letzten Ruhe gebettet. — Namenlos — Heimatlos.

Unvergänglich ist mir jene Stunde zwischen den Hügeln dieser Namenlosen geblieben. — Und ihre „Heimat“ schmückt ein schlichter Stein. Eine Königin von Rumänien, unter dem Dichternamen Carmen Sylva bekannt, hat ihn gespendet. Und auf diesem Stein, jeden Eintretenden grüßend, an die Ewigkeit mahnend und das Herz himmelanweisend, Rudolf Kögels herrliche Worte:

„Wir sind ein Volk vom Strom der Zeit
Gespült ans Erdeneiland.
Voll Unfall und voll Herzeleid

Bis heim uns holt der Heiland.
Das Vaterhaus ist immer nah,
Die wechselnd auch die Lese.
Es ist das Kreuz von Golgatha,
Heimat für — Heimatlose. — — —

Glücklich der Wanderer zwischen zwei Welten, der sich in dieser Heimat Heimatrecht erworben hat. Ueber seinem Leben leuchtet, mag es auch durch dunkelste Tiefen hindurchführen, Morgenglanz der Ewigkeit.

Aber — ist es nicht auch ein großes Glück, eine irdische Heimat zu besitzen? — Vaterhaus, deutsche Heimat, wunderbare Klänge! Wenn Du noch eine Heimat hast. Ob es uns bekannt ist, daß ungezählte deutsche Männer und Frauen heimatlos geworden sind? Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not des Vaterlandes und getrieben von der Sehnsucht nach der eigenen Scholle, nach einer gesicherten Zukunft für sich und die Ihrigen, zogen sie über die Meere in unbekannte Fernen.

800 000 haben in den Nachkriegsjahren die Heimat verlassen. Viele gerieten nur zu bald in größte Not, gingen Heimat und Kirche für immer verloren und endeten entweder im größten Elend oder wurden zum Kulturdünger fremder Nationen.

Und noch haben wir für die nächste absehbare Zeit mit einer jährlichen Auswanderung von 55 000 bis 60 000 Deutschen zu rechnen! Können wir ihnen helfen? Ja! Einmal müssen wir dafür sorgen, daß sie eingehend über das von ihnen gewählte Zielland unterrichtet, also in jeder Weise sachgemäß beraten werden. Die ständig bei uns in großer Anzahl einlaufenden Anfragen von Auswanderungswilligen sind nicht nur ein erschütternder Beweis von der großen Not Ungezügelter, sie zeigen auch deutlich, wie wenig die meisten über das, was sie im Auslande erwartet, unterrichtet sind. Man hat „gehört“ oder „gelesen“ oder es sich von Ausgewanderten „berichten“ lassen, wie leicht man draußen — viel leichter als in Deutschland — vorankommen kann. Da ist eingehendste Aufklärung und Beratung dringend notwendig.

Diese Beratung muß auch zeigen, wo das für jeden Einzelnen geeignete Zielland ist, das seinen Mitteln und Fähigkeiten entspricht und ihm Möglichkeit bietet, baldigen Anschluß an schon bestehende Gemeinden zu finden. Ungezählte haben für immer die Verbindung mit der Heimat verloren, weil diese sich nicht um die Ausgewanderten kümmerte. Dringend notwendig ist es, daß wir uns nicht nur der Auswandernden annehmen, sondern auch für die Ausgewanderten sorgen und alles aufbieten, sie in der Treue zur alten Heimat zu erhalten und sie im Kampf um die Wahrung ihrer heiligsten Güter — Evangelischer Glaube und Volkstum — zu unterstützen.

Diesen von Auswandernden und Ausgewanderten so dringend benötigten und für Heimat und Kirche so bedeutungsvollen Dienst leistet der Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer e. V., Berlin N 24, Oranienburgerstraße 13/14 nun schon seit 33 Jahren. Im Jahre 1929 hat er 13 000 Anfragen von Auswanderungswilligen eingehend bearbeitet. Große Scharen sind im Laufe dieser Jahre unter seiner Führung in die Ferne gezogen und durch die Hilfe und Unterstützung seiner Mitarbeiter und Vertrauensleute im Auslande an das von ihnen ersehnte Ziel gebracht worden.

Ob wir nach wie vor diesen gerade heute so dringend benötigten Dienst werden leisten und immer zweckdienlicher ausbauen können, wird davon abhängen, ob sich neue Freunde und Mitarbeiter finden, die bereit sind,

Lehrgang für Leibesübungen 1930 für evangelische Geistliche.

Auch in diesem Jahre fand wieder auf Veranlassung und unter Förderung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt in den Tagen vom 6. bis 15. August in der Eichenkreuzturnanstalt in Rassel-Wilhelmshöhe ein Lehrgang für Leibesübungen für evangelische Geistliche statt. Wie trefflich ist es, daß der Reichsverband evangelischer Jungmännerbünde Deutschlands, der ja dort unter Führung von D. Erich Stange seinen Mittelpunkt hat, über diese Turnanstalt verfügt. Bekanntlich ist ja mit ihr die Sekretärschule, die Bibel- und Fachschule für evangelische Jugendführung verbunden. Von den 50 Teilnehmern am Lehrgang aus dem ganzen preussischen Staatsgebiet konnte ein erheblicher Teil in den Zimmern der Sekretärschüler, die in Ferien fort waren, untergebracht werden. Andere wohnten im Verwaltungsgebäude, andere im benachbarten Kurhaus des als Sportarzt tätigen Dr. med. Rohrbach, bezw. in Privatunterkünften. Recht wie ein Haus auf dem Berge liegt das Heim des Reichsverbandes dort auf dem südlichen Ausläufer der „Wilhelmshöhe“ und gestattet einen weiten Blick über das zu Füßen liegende Rassel und darüber hinaus in das herrliche Land, einen Blick, der immer wieder jenseitete. Und wie bald ist man von dort im Walde und kann wandern zum „Herkules“ und zum „Hohen Gras“! Recht ein Platz, die Herzen weit und die Augen hell und froh zu machen. Das ist ja auch der innere Sinn des Hauses: offene Augen und Herzen für Gott und sein Wirken in Natur und Menschengenossen, für Gottes Gnade draußen und drinnen.

Diese Stätte ist so recht geeignet für einen Lehrgang für Leibesübungen. Es mag wohl immer noch Menschen geben, die innerlich Kirche und Sport nicht miteinander vereinigen können, denen der Pfarrer im Sportgewand eine unnötige Größe ist. Aber eine Kirche, die nicht lebensfern, sondern lebensnah sein will, darf an dieser so bedeutsamen Erscheinung unserer Zeit nicht vorübergehen. Wohl ist im Sport, sonderlich im Sportbetrieb, Unersfürliches, wohl zeigt er sich dem kirchlichen Leben gegenüber da und dort mindestens gleichgültig, wohl nimmt er namentlich junge Menschen so in Bann, daß sie nichts Höheres mehr kennen als den Sport, und verführt er so manche zu einer Vergötterung des Leibes. Aber das alles hindert nicht, daß sich die Kirche und als ihr Vertreter

die evangelische Pfarrerschaft auch mit dem Sport und all den damit zusammenhängenden Fragen — und ihrer sind mehr als man denkt, weltanschaulich, erzieherisch, gesundheitlich usw. — beschäftigt. Es geht nicht an, den Sport nur um dessentwillen, was man an ihm auszuheben hat, zu verurteilen und abzulehnen. Es gilt vielmehr, dem Sport, der so viele Menschen an sich kettet, gerecht zu werden, sein Dasein und sein So-Sein zu erkennen und zu ergründen, die fraglos in ihm liegenden positiven Werte zu erfassen und herauszustellen und so ihn dann gerecht zu bewerten. Man wird da nicht mehr bei einer reißlosen Verwerfung des Sportes stehen bleiben können, und von einer unbedingten Feindschaft zwischen Sport und Kirche wird nicht mehr die Rede sein können. Den Sport richtig zu beurteilen, ist aber nur möglich bei eingehender Beschäftigung mit ihm. Und hier liegt der tiefere Sinn des Lehrgangs für Leibesübungen für Pfarrer. Nur was ich kenne, kann ich richtig beurteilen, nur bei wirklicher Sachkenntnis kann ich zutreffend entscheiden.

Der Lehrgang zerfiel in einen praktischen und einen theoretischen Teil, in körperliche und geistige Beschäftigung mit dem Sport. Mit besonderem Nachdruck wiesen die für diesen Lehrgang gewonnenen Turn- und Sportlehrer immer wieder darauf hin (und gestalteten dementsprechend die praktischen Übungen) wie wertvoll und notwendig im Gegensatz zu den meist nur von einzelnen darzubietenden Spitzenleistungen das volkstümliche, tummelhafte Turnen sei. So wurden in ausgiebigem Maße Bodenturnen mit und ohne Gerät, Körpergymnastik, Volksspiele getrieben zur Beschäftigung eines möglichst großen Kreises. Soweit die altbekannten Turngeräte benutzt wurden, wurden sie als Hindernisse auf dem Wege angesehen, die es zu überwinden galt auf tümeltig geschickte Weise. Deutlich war bei all den Übungen zu spüren, was für ein anderer Geist doch heute das Turnen erfüllt, und der hohe Wert recht betriebener Leibesübungen blieb keinem verborgen. Neben diesen Übungen gingen die Vorträge, ging die geistige Arbeit einher. Behandelt wurden u. a. folgende Themen: „Vom Ringen um den Sinn des Leibes“ (Pf. Geh-Rassel), „Weltanschauliche und zeitgeschichtliche Bedeutung des Sportes“, Leib und Seele im Griechentum und im Christentum, Sport als Massenform, „Die Aufgabe der Kirche gegenüber Sport und Sportlern“ (Pf. Runge-Leipzig), „Die gesundheitliche Bedeutung des Sportes“ (Dr. med. Rohrbach-Rassel), „Die Eingliederung der Leibesübungen in das Arbeits-

programm evangelischer Jugendführung“, „Die pädagogische Bedeutung der Leibesübungen für die evangelische Jugendführung“. (D. E. Stange).

Immer wieder wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß im evangelischen Jungmännerwerk die Leibesübungen nie selbständige Größe, sondern immer nur Teil des Ganzen sein dürfen und dem Aufbau des inneren Menschen dienen müssen. Für diesen aber steht die Beschäftigung mit dem Gotteswort im Mittelpunkt. So war denn auch dieser Lehrgang durchzogen von täglicher Bibelarbeit, in der man sich unter Führung des Studentenspfarrers Runge-Leipzig bemühte, die Stellung der Bibel zu Leib, Seele und Geist herauszuarbeiten. Viele ernste und tiefe Fragen ergaben sich da.

Der Lehrgang hat allen Teilnehmern viel Freude gemacht, auch wenn sie sich der turnerischen Übungen entwöhnt hatten und deshalb vom „Muskelkater“ einigermaßen geplagt wurden. Erfreulich war stets der morgendliche Waldlauf mit dem nachfolgenden Wasserbad (nur ein einziges Mal mußte wegen des Regens die Turnhalle den Wald ersetzen). Dann war man fähig hernach zur geistigen Arbeit und zu den körperlichen Übungen. Nach Möglichkeit fanden sie im Freien statt. Zwang der Regen jedoch zum Drinbleiben, so bot die Turnhalle immer die Möglichkeit zur Durcharbeitung des Körpers. Rechtzeitig beschloß am Abend die Ansprache den Tag, so daß man sich in ausreichendem Schlaf für den nächsten Tag stärken konnte. Ein Abend galt dem geselligen Zusammensein im Hause des Reichssekretärs Lüt, des eigentlichen Hausvaters. Ein Nachmittags konnte dem Besuch des „Herkules“ und der Anlagen beim kaiserlichen Schloß gewidmet werden. An dem in die Zeit des Lehrganges fallenden Sonntag besuchte man den Gottesdienst in Rassel und führte am Nachmittag unter D. Stanges Leitung eine mehrtägige Wanderung nach dem „Hohen Gras“ aus. So hatte auch der Sonntag doch etwas von Leibesübung. Der körperlichen Betätigung angemessen war die Verpflegung, die allseitig dankbar anerkannt wurde.

Fünzig Pfarrer aus Stadt und Land, Jugend- und Gemeindepfarrer aus dem gesamten preussischen Staatsgebiet — das bedeutet ein weites Ausstreuen der Saat. Daß diese Saat auch aufkeime und Frucht bringe für sein Reich, dazu gebe Gott seinen Segen, ohne den ja nichts werden und sein kann.

Pf. Schumann-Fischbach, Rr. Torgau.

untere Arbeit, tes an heimat helfen.

Die Not der uns, diese No gel. Hauptver Lefer seiner wanderer“. den Kreisen b tenden Gelegen

Mag die u größer und al ferer Liebe f Auf diese u lich warten?

Auch über wanderern st richter einst schließendes U

„Was ihr ringsten Brü aber nicht get habt ihr mir

Die Abn

Mit der ordnung des stimmungen Die große K daraus, daß Familienang lionen — do ist mehr als

Die wi pührung ein st r a n f e n sicherten an stungsmittel. strankenschei für Verfüßig 7 M. kann mit einem C abgesetzt we für jeden B mit der W die gleichfal das Heilmit

Der Z wird, ist de das Verant färten. Die steht heute r diese Bestim ten die Kr Ausstellung zehn Pfenn schneidende Mitbeteilig nügt worde

Eine rung ein tengeldes. Verifizierte, licher Beho beitsunfähig das Kranke unfähigkeit lasse bei ga Heilungsfes geldern ni das Kranke während se Tas ist im Um diese 2 gegenüber im Wege d die Beiträ geld um des Arbeit nicht als B

In M Krantenfal R e u f e s t b au, vorne leistung n herabgese daß diebeir Höchstbeitr tenlassen R vom Gru 47% der e erhoben u sicherten f schnittsbei Kriege 3,

War menbruc der Beitr jest aber, rung und gestellt w kommen v heit becin Reform d dann mit der Beitr die neuem

Die rung betr häfts z Zukunft i Nichts g Pflicht in Zukun rung a nicht über jonen, de

unser Arbeit, die Seelsorge im tiefsten Sinne des Wortes an heimatlosen deutschen Auswanderern ist, tragen zu helfen.

Die Not der Heimatlosen legen wir auf das Herz derer, die noch eine deutsche Heimat haben und bitten sie: Helft uns, diese Not zu lindern! Werdet Mitglieder des Evangel. Hauptvereins (Postfachkonto Berlin 12648) und Leser seiner illustrierten Monatschrift „Der deutsche Auswanderer“. Macht seine Arbeit in den Euch nahestehenden Kreisen bekannt und werbt für sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Mag die uns umgebende Not noch so groß sein, noch größer und alle Not überwindend muß der Tatbeweis unserer Liebe sein, die vor keinem Opfer zurückschreckt. Auf diese unsere Tat warten so viele! Sollen sie vergeblich warten?

Auch über dem Dienst an heimatlosen deutschen Auswanderern stehen die Worte Jesu, die er als Weltrichter einst an jenem großen Tage als letztes und abschließendes Urteil sprechen wird:

„Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ — Was ihr aber nicht getan habt einem unter diesen Geringsten, das habt ihr mir auch nicht getan.“ —

Pfarrer Tönjes.

Die Krankenversicherung.

Die Abänderungsbestimmungen in Kraft getreten.

— Berlin, 1. September.

Mit dem 1. September treten die in der Rotverordnungs des Reichspräsidenten enthaltenen neuen Bestimmungen über die Krankenversicherung in Kraft. Die große Bedeutung dieser Abänderungen ergibt sich daraus, daß 21 Millionen Menschen — wenn man die Familienangehörigen einbezieht, sind es sogar 35 Millionen — von den Krankenkassen betreut werden. Das ist mehr als die Hälfte des deutschen Volkes.

Die wichtigsten Bestimmungen betreffen die Einführung einer Gebühr für die Ausstellung von Krankenscheinen und die Beteiligung der Versicherten an den Kosten der Arznei, Heil- und Stärkungsmittel. Die Gebühr für die Ausstellung eines Krankenscheines beträgt normalerweise 50 Pfennig; für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 M. kann sie um die Hälfte erhöht, für Versicherte mit einem Grundlohn unter 4 M. um die Hälfte herabgesetzt werden. Zu entrichten ist die Gebühr einmal für jeden Versicherungsfall. Ähnlich verhält es sich mit der Beteiligung an den Arzneikosten, die gleichfalls 50 Pfennig ausmacht, vorausgesetzt, daß das Heilmittel selbst nicht weniger als 50 Pf. kostet.

Der Zweck, der mit diesen Neuerungen verfolgt wird, ist der, die Bagatelldinge zurückzubringen und das Verantwortungsbewußtsein der Versicherten zu stärken. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen selbst steht heute nicht mehr zur Debatte. Grundräßig stellen diese Bestimmungen aber keine Neuerungen dar, konnten die Krankenkassen doch auch bisher schon für die Ausstellung von Krankenscheinen eine Gebühr bis zu zehn Pfennigen erheben, praktisch sind es jedoch einschneidende Neuerungen, weil die Möglichkeit einer Mitbeteiligung der Versicherten bisher nicht ausgenutzt worden ist.

Eine weitere Neuerung betrifft die Einführung einer Wartzeit beim Bezug des Krankengeldes. Bisher war es so, daß der krankgeschriebene Versicherte, wenn er sich mehr als vier Tage der ärztlichen Behandlung befand, vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an Krankengeld erhielt. Nunmehr wird das Krankengeld erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit ab gewährt werden, so daß der Krankentasse bei ganz kurzen Erkrankungen außer den Arzt- und Heilungskosten weitere Kosten in Gestalt von Krankengeldern nicht erwachsen. Ueberhaupt wegfallen soll das Kranken- oder Hausgeld, wenn der Versicherte auch während seiner Krankheit Arbeitsentgelt bezieht. Das ist insbesondere für Angestellte von Bedeutung. Um diese Versicherten nun nicht den übrigen Gruppen gegenüber zu benachteiligen, müssen die Krankenkassen im Wege der Satzungsänderung für diese Versicherten die Beiträge entsprechend kürzen bzw. das Krankengeld um 10% des Grundlohnes erhöhen. Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kranken- oder Hausgeld sollen nicht als Arbeitsentgelt behandelt werden.

In Rückwirkung dieser Sparmaßnahmen sollen die Krankenkassen im Laufe der nächsten Wochen eine Neuverteilung der Beiträge, d. h. ihren Aufbau, vornehmen. So soll der zur Deckung der Regelleistung notwendige Beitrag von 7% allgemein auf 6% herabgesetzt werden. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß bisher nur verhältnismäßig wenig Kassen den Höchstbeitrag erhoben haben. Etwa 67% aller Krankenkassen mit 42% der Versicherten sind mit 4 bis 6% vom Grundlohn ausgekommen, 29% der Kassen mit 47% der Versicherten haben 6 bis 7% vom Grundlohn erhoben und nur 4% der Kassen mit 11% der Versicherten sind über 7% hinausgegangen. Der Durchschnittsbeitrag zur Krankenversicherung betrug vor dem Kriege 3,5% vom Grundlohn, gegenwärtig 6,3%.

War in den ersten Jahren nach Krieg, Zusammenbruch und Inflation eine beträchtliche Erhöhung der Beiträge gerechtfertigt, so müssen die Krankenkassen jetzt aber, nachdem allgemein wieder eine Normalisierung und Besserung der Gesundheitsverhältnisse festgestellt werden kann, mit niedrigeren Beiträgen auskommen versuchen, ohne daß dadurch die Volksgesundheit beeinträchtigt zu werden braucht. Denn wenn die Reform der Krankenkassen einen Erfolg bedeuten soll, dann müssen die Versicherten durch die Herabsetzung der Beiträge erheblich mehr einsparen, als sie durch die neuen Gebühren weniger Gegenleistungen erhalten.

Die übrigen Neuordnungen der Krankenversicherung betreffen Fragen der Organisation und das Verhältnis zwischen den Kassen und den Ärzten. In Zukunft soll auf 1000 Versicherte ein Arzt entfallen. Nichts geändert wird an der bisherigen Grenze der Pflichtversicherung. Wie bisher müssen auch in Zukunft alle Arbeitnehmer der Krankenversicherung angehören, deren Jahreseinkommen 3600 M. nicht übersteigt. Freiwillig versichern können sich Personen, deren Einkommen 8400 M. nicht übersteigt.

Die Kosten der Reichstagswahl.

Die Behörden rechnen mit 2,8 Millionen M. — Wahlvorstände dürfen keine parteipolitischen Abzeichen tragen.

Von zuständiger Stelle wird eine Mitteilung über die Kosten der Reichstagswahl veröffentlicht. Danach werden die den Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden erwachsenden baren Ausgaben in der Hauptkategorie vom Reich getragen, das den Ländern ihre Aufwendungen voll, die der Gemeinden zu vier Fünfteln zurück-erstattet.

Die Höhe der Wahlkosten ist im einzelnen sehr verschieden. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 sind insgesamt 1.866.000 M. von der öffentlichen Hand aufgewendet worden. Verbilligt wurden die Kosten im Mai 1928 für das Reich dadurch, daß mit der damaligen Reichstagswahl Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Oldenburg verbunden waren, für deren Kosten die Länder selbst aufkommen mußten. Mit der jetzigen Reichstagswahl werden nur die Landeswahlen in Braunschweig verbunden. Dementsprechend werden die Aufwendungen des Reichs für diese Wahl höher sein. Sie werden auf 2.350.000 und die Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand auf 2.800.000 M. geschätzt.

Auf eine schriftliche Anfrage über das Tragen parteipolitischer Abzeichen durch die Mitglieder des Wahlvorstandes erwiderte Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Der Abstimmungsvorstand ist ein staatliches Organ. Die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes haben bei ihrer Amtsführung diejenigen Rücksichten zu nehmen, die durch ihre Stellung als Mitglieder eines staatlichen Organs bedingt sind. Sie haben besonders parteiliche Kundgebungen zu vermeiden, die, wie z. B. das Tragen gewisser Abzeichen, geeignet sind, bei Andersdenkenden berechtigten Anstoß zu erregen. Der Abstimmungsvorstand wird zur Vermeidung von Unzutrefflichkeiten den Mitgliedern des Abstimmungsvorstandes, die mit parteipolitischen Abzeichen erscheinen, nahe zu legen haben, das Abzeichen während der Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglied des Abstimmungsvorstandes abzulegen. Wird diesem Ersuchen nicht entsprochen, so hätte der Abstimmungsvorstand den Befehl im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Abstimmungshandlung durch einen anderen Wähler zu erlassen.

Die Revisionsfrage.

Eine Auseinandersetzung zwischen Poincaré und Treviranus.

Herr Poincaré hat ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Nichts gerät bei ihm in Vergessenheit. Mit diesen Worten leitet Reichsminister Treviranus einen längeren Aufsatz ein, den er unter dem Titel „Im Westen nichts Neues“ in der Sonntagsausgabe der „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlicht. Der Minister nimmt in diesem Artikel Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung mit Poincaré, der der kürzlich geäußerten Auffassung des Ministers über die deutsche Disposition und über die Revisionsmöglichkeiten entgegengetreten ist. Minister Treviranus fährt u. a. fort:

Poincaré hält uns vor, was Frankreich sich von den Verträgen habe abhandeln lassen. Ich vermag in dem Bericht Frankreichs auf die Auslieferung unserer Führer, einer Forderung, die man nur in der Kriegsgeschichte halbwilliger Stämme findet, in der Errichtung des Dawesplanes, an dem Herr Poincaré als Ministerpräsident nicht unbeteiligt ist, und in seiner Fortbildung, dem Youngplan, ebenso wenig als in der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes, das die Amerikaner längst verlassen hatten, eine notwendige Korrektur einiger Schönheitsfehler des Versailler Vertrages sehen. Entschieden aber weise ich die Behauptung Poincarés zurück, Frankreich habe für diese „Zugeständnisse“ nicht den geringsten Gegenwert erhalten.

Gibt es in der Geschichte ein Beispiel dafür, daß ein Volk die ihm durch ein Zwangsdictat gezogenen Grenzen freiwillig in völkerrechtlich bindender Form garantiert? Wir sind, um es offen zu sagen, erschüttert, daß ein französischer Staatsmann die Bedeutung des Paktes von Locarno, die Annahme des Kellogg-Paktes überhaupt nicht zu würdigen scheint. Herr Poincaré belächelt meine Auffassung über die deutsche Disposition, über die Revisionsmöglichkeiten, welche uns der Artikel 19 der Völkerbundscharta gibt. Er sucht nachzuweisen, daß die heutige Grenzziehung gerecht und im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sei.

Die Welt ist nicht im Zweifel darüber, welches Ergebnis eine Abstimmung im Korridorgebiet gehabt hätte, ehe Polen seine Ausweisungspolitik begann. Oder hat man die Danziger deutsche Bevölkerung gefragt, ob sie vom Reich getrennt und als freie Stadt unter polnischer Oberhoheit leben will?

Herr Poincaré bestreitet uns ein Recht, das uns der Professor an der Sorbonne, René Maréchal in seinem Buche „Les frontières orientales de l'Allemagne“ auf Grund eingehender Studien reiflos zuerkennt, nämlich davon zu sprechen, daß durch die Grenzziehung im Osten ein beispiellos wirtschaftlicher Ruin last der Hälfte Deutschlands verursacht wurde. Diese wirtschaftliche Katastrophe führt zu einer allmählichen Entvölkerung des deutschen Ostens.

Unter der Last dieser Zustände ist Deutschland nicht in der Lage, auch nur auf eines der Rechte zu verzichten, die ihm die Verträge zusichern. Wir haben es nicht nötig, von Revisionen zu träumen, wir werden uns nie zu rühmen brauchen, nie davon geredet zu haben. Wir wollen an der Seite jener Nationen, die sich von den Friedensverträgen distanzieren oder ihre Revision fordern, eine Politik des Rechts, die dem Weltfrieden dient, indem sie das Leben der Nationen schützt.

Friede durch das Recht. — Recht, das mit uns geboren ist — ist unsere Lösung für Deutschland wie für Europa. Ihnen, Herr Poincaré, stehen tote Verträge höher, uns das durch die Verträge bedrohte Leben Europas. Die Welt und Europa mögen entscheiden, welche Verantwortlichkeit sie für ein gesundes friedliches Dasein höher ansetzen wollen.

Wahlversammlungen = Hochflut.

Minister und Parteiführer werden um die Stimme des Wählers.

Der Wahlkampf ist allmählich in das entscheidende Stadium eingetreten; nur noch vierzehn Tage trennen uns von der Entscheidung. Der Parteiführer der Deutschnationalen, Geheimrat Dr. Hugenberg, entwickelte in Bremerhaven sein Programm und erhoffte dabei für die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten 150 Mandate. Worauf es ankomme, sei, Deutschland wieder groß und glücklich zu machen. In einer deutschnationalen Versammlung in Dresden erklärte Hofprediger Doehring, Dienst am Volk sei Christenpflicht.

In einer Versammlung der konservativen Volkspartei äußerte Reichsminister Treviranus in Kiel, seine Partei lasse sich durch den Streit über Grundbesitzfrage nicht beirren, eine Politik zu machen, die der dreifachen Wirklichkeit Rechnung trage. In München gab Reichsminister a. D. v. Kuebel die Parole aus: „Lösung der Preußenkoalition.“

Für die Deutsche Staatspartei sprach in Krefeld Reichsminister a. D. Koch-Weser. Redner betonte, es müsse alles daran gesetzt werden, um die Finanznot mit der gegenwärtigen Koalition im Reich zu beseitigen. In der Magdeburger Stadthalle sprachen Staatspräsident a. D. Hummel und der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Wahren. Dr. Hummel erklärte, das deutsche Volk müsse aus eigener Kraft den Weg zu einer neuen und gesunden Ordnung finden.

Curtius erkrankt. — Schwächeanfall in einer Versammlung.

Reichsaussenminister Dr. Curtius erkrankt, während er in einer überfüllten Versammlung in Baden-Baden sprach, infolge von Ueberanstrengung in den letzten Tagen einen Schwächeanfall und konnte die Rede nicht zu Ende führen. Der Minister unterbrach sofort seine Wahrschritte und kehrte nach Berlin zurück.

Die Landvolk-Reichsliste.

Landvolk und Konservative.

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ erfahren, ist die Reichsliste „Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei)“ nunmehr dem Reichswahlleiter eingereicht worden. Die Zusammenfassung dieser Reichsliste beruht bekanntlich auf einem Abkommen zwischen der Landvolkpartei und der konservativen Volkspartei. Dieses Abkommen sieht folgendes vor: Die Landvolkpartei bezieht die ersten 12 Plätze und die konservative Volkspartei den 13. bis 27. Platz. Den 28. Platz erhält wieder die Landvolkpartei, den 29. Platz die konservative Volkspartei usw. abwechselnd. Die Verteilung der Mandate soll sich nach den wirklich anfallenden Reststimmen der beiden Parteien richten. Das würde bedeuten, daß beispielsweise die letzten Kandidaten der ersten Gruppe (Landvolkpartei) auf ihr Mandat zu verzichten hätten, wenn die Reststimmen der Landvolkpartei für 12 Mandate nicht genügen. Ebenso würde dasselbe für die zweite Gruppe (konservative Volkspartei) gelten, wenn die Reststimmen der Landvolkpartei für mehr als 12 Mandate ausreichen und die konservative Volkspartei nicht die nötige Reststimmenzahl für 15 Mandate erringt. Unter den fünfzehn ersten Plätzen der Konservativen ist auch die Deutsch-Hannoversche Partei vertreten, mit der die konservative Volkspartei bekanntlich ihrerseits ein Wahlabkommen getroffen hat. Die Reichsliste enthält u. a. folgende Namen: 1. Höfer (Thüringen), 2. Schiele (Prov. Sachsen), 3. Hepp (Hessen-Nassau), 4. Dr. Gereke (Prov. Sachsen), 5. v. Ebel (Rheinprovinz), 13. Graf Westarp, 14. Treviranus, 15. Lambach.

Die Kandidatenliste der konservativen Volkspartei für Westfalen-Nord ist in nachstehender Reihenfolge dem Wahlkreisleiter überreicht:

G. M. Treviranus, Reichsminister, Berlin-Charlottenburg; Dr. Heinz Dähnhardt, Leiter der Fichte-Hochschule, Ev. Johannesstift, Spandau; Stadtrat Leichter, Recklinghausen; Dr. Pie. Hahn, Oberstudienrat, Bielefeld; Brünner, Kaufmannsgehilfe, Minden; Gradaus, Reichsbahnsekretär, Münster; Schewe, Volksschullehrer, Lübbecke; Elisabeth Wecks, Ehefrau, Recklinghausen; Thimmell, Generalmajor a. D. Bielefeld; Dr. Scheide, Arzt, Porta.

Die Listen von Westfalen-Nord und Süd sind miteinander verbunden. Treviranus und Dähnhardt führen auch in Westfalen-Süd die Liste.

Dr. Oberfohren spricht in Frankfurt a. M.

— Frankfurt a. M., 1. September. Im Rahmen einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren. Nach längeren Ausführungen über die politische Lage erklärte er, seine Partei ziehe nach einer Periode der inneren Auseinandersetzungen neu gestärkt in den Wahlkampf. Niemals komme für sie eine Einordnung in das System der Mitte in Frage. Ihre Lösung laute: Freiheitspolitik statt Tributpolitik! Gegen Parlamentarismus und Demokratie.

Neuwahlen in Polen.

Landtag und Senat aufgelöst. — Einberufung des schlesischen Sejm.

Marshall Pilsudski hat dem polnischen Landtag noch rascher das Lebenslicht ausgeblasen, als es erwartet wurde. Landtag und Senat wurden mitten in den Ferien durch einen Erlass des Staatspräsidenten Pilsudski als aufgelöst erklärt, so daß das Parlament überhaupt keine Gelegenheit erhalten hat, zu dem Regierungswechsel in Warschau Stellung zu nehmen. Neuwahlen sollen am 16. und 23. November stattfinden; vermutlich nach einem neuen Wahlgesetz, das auf die Bedürfnisse des Marzalls zugeschnitten wird.

Der wesentlichste Teil des Auflösungsbeschlusses des Staatspräsidenten lautet:

Nach reiflicher Erwägung habe ich festgestellt, daß die wichtigste Aufgabe für die Arbeit aller Bürger die „Verbesserung“ der grundlegenden Rechte ist, durch die der Staat regiert wird, da diese Rechte die Grundlage aller Staats-

Tausende und
streut, die d
riesen entge
Und dar
wälder sur
taufend löst
den begeiste
schiff entge
ihm zu —
die Zeppeli
brauten in
dem Zwies
üblichen S
mand küm
ein Erzeug
Schaffenskr
Verwunder